

Amtliche Bekanntmachungen

der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg

17/2015 (5. August 2015)

Satzung der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg für das hochschuleigene Auswahlverfahren im Bachelorstudiengang Lehramt Grundschule (B.A.)

vom 5. August 2015

Auf Grund von § 6 Abs. 1 und 2 des Hochschulzulassungsgesetzes (HZG) vom 15. September 2005 (GBl. S. 630), § 63 Abs. 2 Landeshochschulgesetz (LHG) vom 1. Januar 2005 (GBl. S. 1) in der Neufassung von 2014 (GBl. S. 99) und § 10 Abs. 5 der Hochschulvergabeverordnung (HVVO) vom 13. Januar 2003 (GBl. S. 63), jeweils in der aktuellen Gesetzesfassung, hat der Senat der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg am 23. Juli 2015 die nachfolgende Satzung der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg für das hochschuleigene Auswahlverfahren im Bachelorstudiengang Lehramt Grundschule (B.A.) beschlossen.

§ 1 Anwendungsbereich

Die Pädagogische Hochschule Ludwigsburg vergibt im Bachelorstudiengang Lehramt Grundschule (B.A.) bzw. in den zulassungsbeschränkten Fächern 90 % der Studienplätze an Studienbewerberinnen und -bewerber nach dem Ergebnis eines hochschuleigenen Auswahlverfahrens. Die Auswahlentscheidung wird nach dem Grad der Eignung und Motivation der Bewerberinnen und Bewerber für den gewählten Studiengang und den angestrebten Beruf getroffen.

§ 2 Fristen

Der Antrag auf Zulassung muss
für das Wintersemester bis zum 15. Juli eines Jahres,
für das Sommersemester bis zum 15. Januar eines Jahres
bei der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg eingegangen sein (Ausschlussfristen).

§ 3 Form des Antrags

- (1) Der Antrag auf Zulassung ist auf dem von der Pädagogischen Hochschule vorgesehenen Formular zu stellen.
- (2) Dem Antrag auf Zulassung sind folgende Unterlagen in amtlich beglaubigter Kopie beizufügen:
 1. das Zeugnis der allgemeinen Hochschulreife, der fachgebundenen Hochschulreife oder eine gemäß § 58 Abs. 2 LHG gleichwertige Hochschulzugangsberechtigung (z.B. Deltaprüfung, Aufstiegsfortbildung, anerkannte ausländische Vorbildung)
 2. ggf. Zeugnisse über eine abgeschlossene, mindestens zweijährige Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf, Nachweise über berufspraktische Tätigkeiten in pädagogisch relevanten Arbeitsfeldern von insgesamt mindestens sechsmonatiger Dauer, Nachweise über ehrenamtliche Tätigkeiten in pädagogisch relevanten Arbeitsfeldern von mindestens einjähriger Dauer oder Nachweise über besondere außerschulische Leistungen

3. ein tabellarischer Lebenslauf im Umfang von einer DIN A4-Seite, der den bisherigen Werdegang darstellt.

§ 4 Auswahlkommission

- (1) Von der Pädagogischen Hochschule werden zur Vorbereitung der Auswahlentscheidung Auswahlkommissionen eingesetzt. Die Prorektorin/der Prorektor für Studium und Lehre ist für die ordnungsgemäße Durchführung des Auswahlverfahrens verantwortlich und bildet zusammen mit der Studienabteilung eine Auswahlkommission. Die Studiendekaninnen und Studiendekane organisieren frühzeitig die Zusammensetzung der Auswahlkommissionen. Die Anzahl der Auswahlkommissionen richtet sich nach der erwarteten Studienbewerberzahl.
- (2) Die Auswahlkommissionen bestehen in der Regel aus zwei Personen, die dem hauptberuflichen wissenschaftlichen Personal angehören. Ein Mitglied soll der Gruppe der Professorenschaft angehören. Die Amtszeit der Mitglieder erstreckt sich über den Zeitraum eines Studienjahres.
- (3) Für die Bachelorstudiengänge Lehramt Grundschule (B.A.) und Lehramt Sekundarstufe I (B.A.) können aufgrund der Vergleichbarkeit der Auswahlverfahren gemeinsame Auswahlkommissionen gebildet werden.
- (4) Die Auswahlkommissionen sollen die Erfahrungswerte des Auswahlverfahrens der Prorektorin/dem Prorektor für Studium und Lehre bzw. dem Ausschuss für Studienangelegenheiten übermitteln, inklusive Vorschlägen für die Weiterentwicklung des Auswahlverfahrens.

§ 5 Auswahlgrundsätze

- (1) Wer sich frist- und formgerecht um einen Studienplatz beworben hat nimmt am Auswahlverfahren teil, sofern sie/er nicht bereits im Rahmen einer vorweg abzuziehenden Quote einen Studienplatz erhält.
- (2) Das Auswahlverfahren hat das Ziel, aufgrund der in §§ 6 und 7 genannten Auswahlregeln unter den eingegangenen Bewerbungen bezogen auf den Studiengang bzw. bezogen auf die zulassungsbeschränkten Fächer innerhalb des Studiengangs eine qualitative Auswahl zu treffen.
- (3) Wird der Antrag für den Bachelorstudiengang Lehramt Grundschule (B.A.) als Hilfsantrag gestellt, werden die für das im Hauptantrag gewählte Lehramtsstudium erreichten Auswahlpunkte auf den Hilfsantrag übertragen.
- (4) Im Übrigen gelten die allgemeinen Bestimmungen für das Zulassungsverfahren gemäß der Zulassungs- und Immatrikulationssatzung der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg.

§ 6 Auswahlkriterien

- (1) Die Auswahl erfolgt aufgrund einer gemäß § 7 Abs. 5 zu bildenden Rangliste nach den in § 6 Abs. 2 genannten Kriterien.
- (2) Für die Bildung der Rangliste sind folgende Leistungen zu berücksichtigen:

1. Durchschnittsnote der Hochschulzugangsberechtigung
 2. Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf von mindestens zweijähriger Dauer (Duale Ausbildung oder schulische Ausbildungen in sozialen/pädagogischen Berufen)
 3. praktische Tätigkeiten in pädagogisch relevanten Arbeitsfeldern von mindestens dreimonatiger Dauer
 4. ehrenamtliche Tätigkeiten in pädagogisch relevanten Arbeitsfeldern von mindestens einjähriger Dauer oder
 5. besondere außerschulische Leistungen.
- (3) Bei den Auswahlkriterien wird die Note der Hochschulzugangsberechtigung als schulische Leistungen gewertet und Berufsausbildung, Praktika, Ehrenämter oder außerschulische Leistungen als sonstige Leistungen.

§ 7 Durchführung des Auswahlverfahrens

- (1) Der Verfahrensablauf wird im Auftrag des Rektorats durch die Studienabteilung koordiniert. Das Auswahlverfahren wird von den gemäß § 4 gebildeten Auswahlkommissionen durchgeführt. Die Studienabteilung bewertet die schulischen Leistungen gemäß § 7 Abs. 3 in Verbindung mit Anlage 1. Die Auswahlkommissionen bewerten die sonstigen Leistungen gemäß § 7 Abs. 4.
- (2) In einem ersten Schritt wird die Note der Hochschulzugangsberechtigung als schulische Leistung auf einer in § 7 Abs. 3 beschriebenen Bewertungsskala bewertet. In einem zweiten Schritt werden die sonstigen Leistungen, d. h. die berufsorientierten, praktischen, ehrenamtlichen Tätigkeiten und außerschulischen Leistungen, auf einer in § 7 Abs. 4 beschriebenen Bewertungsskala bewertet. Schließlich wird nach dem in § 7 Abs. 5 definierten Bewertungsmaßstab für jede Bewerberin/jeden Bewerber eine Gesamtpunktzahl ermittelt und bezogen auf die bestehenden Zulassungsbeschränkungen Ranglisten erstellt.
- (3) Bewertung der schulischen Leistungen
 1. Die Durchschnittsnote der Hochschulzugangsberechtigung wird gemäß der in Anlage 1 beschriebenen Bewertungsskala in Punkte umgerechnet.
Die Skala ist mit Zehntelnotenschritten und halben Punkteschritten so bemessen, dass bei einem Notendurchschnitt von 1,0 die Punktzahl von 15 – Punkten erreicht wird und bei einem Notendurchschnitt von 4,0 die Punktzahl von 0 Punkten.
Die maximal für die Hochschulzugangsberechtigung erreichbare Punktzahl beträgt 15 Bewertungspunkte.
 2. Ausländische Noten sind nach den Richtlinien der KMK in deutsche Noten umzurechnen.
- (4) Bewertung der sonstigen Leistungen
 1. Eine Berufsausbildung in einem anerkannten mindestens zweijährigen Ausbildungsberuf mit betrieblichen Ausbildungsinhalten wird mit 9 Punkten bewertet.
 2. Für praktische Tätigkeiten in pädagogisch relevanten Arbeitsfeldern werden – additiv betrachtet –:
 - 6 Punkte bei 6-11-monatiger Dauer und
 - 8 Punkte bei 12-monatiger und längerer Dauer vergeben.

Als pädagogisch relevante praktische Tätigkeiten gelten insbesondere Dienste und Praktika in Bildungsinstitutionen oder im Sozialbereich im Inland oder Ausland sowie Kindererziehungszeiten oder die Pflege von Angehörigen.

3. Für ehrenamtliche Tätigkeiten in pädagogisch relevanten Arbeitsfeldern werden – additiv betrachtet –:
 - 4 Punkte bei 12-23-monatiger Dauer
 - 7 Punkte bei 24-monatiger und längerer Dauer vergeben.

Als pädagogisch relevante ehrenamtliche Tätigkeiten gelten insbesondere ehrenamtliche Leitungsfunktionen im sportlichen, musikalisch-künstlerischen, kirchlichen oder sozialen Bereich.

4. Für besondere außerschulische Leistungen werden – additiv betrachtet – maximal 5 Punkte vergeben.

Dazu zählen unter anderem Preise, Auszeichnungen, Zertifikate und 3-5 monatige pädagogische Kurzzeitpraktika, die jeweils mit 1-3 Punkten bewertet werden können.

Die maximal für die sonstigen Leistungen erreichbare Punktzahl beträgt 15 Punkte.

- (5) Gesamtpunktzahl, Ranglisten, Dokumentation

1. Die Bewertung der schulischen und der sonstigen Leistungen sowie die ermittelte Gesamtpunktzahl werden von den Beteiligten auf einem Bewertungsblatt dokumentiert und unterschrieben. Das Bewertungsblatt dient der Protokollierung des Verfahrens.
2. Die Bewertungspunktzahlen der schulischen Leistungen gemäß § 7 Abs. 3 und der sonstigen Leistungen gemäß § 7 Abs. 4 werden zusammengezählt, wobei die Punktzahl der schulischen Leistungen dreifach gewichtet und die Punktzahl der sonstigen Leistungen einfach gewichtet wird. Die schulischen Leistungen können somit maximal 45 Punkte betragen, die sonstigen Leistungen maximal 15 Punkte. Das Ergebnis wird auf eine Dezimalstelle hinter dem Komma berechnet.
Die maximal mögliche Gesamtpunktzahl beträgt 60 Punkte.
3. Auf der Grundlage der ermittelten Gesamtpunktzahl werden unter allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern Ranglisten für die Zulassung erstellt. Die Rangliste bezieht sich auf den konkreten Studiengang bzw. auf zulassungsbeschränkte Fächer innerhalb des Studiengangs.

§ 8 Zulassung zum Studium

- (1) Für die Vergabe der Studienplätze im Studiengang im Bachelorstudiengang Lehramt Grundschule (B.A.) ist die gemäß § 7 Abs. 5 gebildete Rangliste maßgeblich.
- (2) Bei Ranggleichheit gilt § 16 HVVO, d. h. bei gleicher Gesamtpunktzahl entscheidet zunächst die Durchschnittsnote der Hochschulzugangsberechtigung, dann der abgeleistete Dienst. Sollte dann immer noch Ranggleichheit bestehen entscheidet die Losnummer.
- (3) Die Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber für die Zulassung zum Studium trifft die Rektorin/der Rektor auf Vorschlag der Auswahlkommission.

§ 9 Ausländerquote

Die Ausländerquote für den Bachelorstudiengang Lehramt Grundschule (B.A.) wird auf 8 % festgelegt.

§ 10 Inkrafttreten

Die Satzung der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg für das hochschuleigene Auswahlverfahren im Bachelorstudiengang Lehramt Grundschule (B.A.) tritt am 01.06.2015 in Kraft. Sie gilt erstmals für das Vergabeverfahren im Wintersemester 2015/2016.

Gleichzeitig tritt die bisherige Auswahlverfahrenssatzung der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg für das Auswahlverfahren im Studiengang Lehramt an Grundschulen außer Kraft.

Ludwigsburg, den 5. August 2015

Prof. Dr. Martin Fix
Rektor

Anlage 1:

Tabelle zur Umrechnung der Durchschnittsnote der Hochschulzugangsberechtigung in Bewertungspunkte

Durchschnittsnote HZB	Bewertungspunkte
1,0	15
1,1	14,5
1,2	14,0
1,3	13,5
1,4	13,0
1,5	12,5
1,6	12,0
1,7	11,5
1,8	11,0
1,9	10,5
2,0	10,0
2,1	9,5
2,2	9,0
2,3	8,5
2,4	8,0
2,5	7,5
2,6	7,0
2,7	6,5
2,8	6,0
2,9	5,5
3,0	5,0
3,1	4,5
3,2	4,0
3,3	3,5
3,4	3,0
3,5	2,5
3,6	2,0
3,7	1,5
3,8	1,0
3,9	0,5
4,0	0